

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

92. Jahrgang.

Anzeigen-Gebühr
für die einspalt. Zeile aus-
genähmt. Schrift oder
deren Raum bei einmal.
Einschaltung 12 Pfg.
bei mehrmaliger
entsprechend Rabatt.

Fernsprecher 24
Postfachkonto
6113 Stuttgart.

Nr. 265

Montag, den 11. November

1918.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Der Weltkrieg.

Berichte der deutschen Heeresleitung.

Stroßes Hauptquartier, 9. Nov. Amtl. WB. Draht.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Der auf dem Westufer der Scheide gelegene Teil von Tournay wurde von uns geräumt und von den Engländern besetzt. Zwischen Scheide und Dife und westlich der Maas haben wir unsere Linien planmäßig zurückverlegt. An einigen Stellen haben sich Nachhutkämpfe entwickelt. Der Feind hat die Linie westlich Chateau — westlich Raubange — östlich Avesnes erreicht. Feiner steht der Feind auf der Linie Liart—Worby und an der Maas westlich Selan. Auf den östlichen Maashöhen fanden Teilkämpfe statt.

Der Erste Generalquartiermeister: S r ö n e r.

Stroßes Hauptquartier, 10. Nov. Amtl. WB. Draht.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Zwischen Scheide und Maas ist der Feind uns auf der Linie Bonke—Leuze—Chateau—Raubange—Trelon und über Soumagne westlich Charleville gefolgt. Auf den östlichen Maashöhen und in der Ebene von Noenore wiesen wir Vorstöße der Amerikaner ab.

Der Erste Generalquartiermeister: S r ö n e r.

Die Unruhen im Reich.

Berlin, 8. November. WB. Ueber die Unruhen im Reich wird von zuständiger Stelle weiteres mitgeteilt: In Kolberg liefen drei kleinere Kriegsschiffe ein, die aus Kiel geschickt sind. Die Besatzungen wurden in die Helma verladen und sind abgereist. In Kolberg herrscht Ruhe. Auch in Swinemünde ist alles ruhig. Die dort liegenden Fahrzeuge sind treu und es haben sich keine Soldatenrevolten gebildet. In Lübeck scheint der Soldatenrat noch nicht im Besitz der Gewalt zu sein. In Braunschweig und Wolfenbüttel sind die Unruhen bisher ohne Hinterlassungen verlaufen, doch ist die Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Aus Köln liegen Nachrichten vor, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Kontrolle über alle Soldaten übernommen hat. Die Bahnhofscommandantur und alle militärischen Waffen sind durch den Gouverneur zurückgezogen worden, der heute mit dem Arbeiter- und Soldatenrat verhandelt. Zu Zusammenstößen ist es bisher nicht gekommen, jedoch macht es sich für die Zivilbevölkerung unangenehm bemerkbar, daß die aus den militärischen und Militärkassernen befreiten Gefangenen, die dort sehr zahlreich sind, sich randend und plündernd auf die Konzeptionsgeschäfte stürzen. Bei den Eisenbahnbediensteten, auch in den Werkstätten, ist alles ruhig. Die Bahnhöfe sind durch den Arbeiter- und Soldatenrat besetzt. In München brachen im Anschluß an Massenversammlungen am 7. Nov. erste Unruhen aus. Die Republik wurde ausgerufen. In der Nacht zum 8. Nov. bildete sich ein Rat aus Arbeitern, Soldaten und Bauern unter dem Vorsitz von Karl Elmer. Dieser Rat erteilt an die Bevölkerung Münchens einen langen Aufruf, wonach er die Ordnung und die Sicherheit der Person und des Eigentums verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen regieren sich durch Soldatenräte. Offiziere, die sich nicht widersetzen, dürfen ihren Dienst weiterverfolgen. Die Bauern verbürgen sich für die Lebensversorgung. Weiter wird gemeldet, daß der Polizeipräsident im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat unter gewissen Verpflichtungen sein Amt weiterverfolgt.

Wilhelmshafen, 8. November. WB. Gestern vormittag bewegte sich ein Demonstrationzug durch die Straßen und begab sich vor das Stationsgebäude. Dort übergab der Führer dem Chef der Marinestation die Wünsche der Matrosen, deren Erfüllung der Stationschef zusagte. Dann entfernte sich der Zug in aller Ruhe und zerstreute sich später. Nachmittags 2 Uhr fand auf dem großen Exerzierplatz eine Massenversammlung statt, in der ein auswärtiger Redner aus Bremen im Sinne der unabhängigen Sozialdemokratie sprach. Im Anschluß an diese Versammlung wurde ein Arbeiter- und Soldaten-

rat gebildet, dessen Vorsitzender ein Signalobermaat sein soll. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich im Parkhaus eingerichtet. Heute vormittag 10 Uhr fand wiederum auf dem großen Exerzierplatz eine Massenversammlung statt, die einen ruhigen Verlauf nahm und nach dem Schluß des Redner eines auswärtigen Redners eine Entschärfung im Sinne der unabhängigen Sozialdemokratie ansetzte.

Kiel, 9. November. WB. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat einen Aufruf an die Bevölkerung von Schleswig-Holstein gerichtet, worin es heißt: die politische Macht ist in unserer Hand. Es wird eine provisorische Provinzialregierung gebildet, die im Zusammenarbeiten mit den bestehenden Behörden eine Neuordnung anstrebt. Unser Ziel ist die freie soziale Volkserpublik. Unsere Hauptaufgabe wird es zunächst sein, den Frieden zu sichern und die Schäden des Krieges zu heilen. Die über den Rahmen der Provinzialverwaltung hinausgehenden Fragen unterliegen selbstverständlich nach wie vor der Staats- und Reichsregierung. Wir sind gewillt, mit der gesamten Beamtenschaft sofern sie sich dem neuen Kurs unterstellt in den blühendsten Formen zusammen zu arbeiten. Wir sind entschlossen, jeden Widerstand mit der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Gewalt entgegen zu treten.

Köln, 8. November. WB. Hier sind Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Die Straße nach Wornemünde ist besetzt.

Hannover, 8. November. WB. Nachdem sich heute morgen die Soldaten und Matrosen des Bahnhofs und der militärischen Verwaltungsgedäude bemächtigt hatten, herrschte tagsüber verhältnismäßig Ruhe. Der vorläufige Arbeiter- und Soldatenrat hatte nachmittags nach dem Klagenmarkt eine Versammlung einberufen, in der die Reichstagsabgeordneten Braun und Fischer Ansprachen hielten und die Menge zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ermahnten. Es wurde beschlossen, sofort in Verhandlungen mit der Militär- und der Staatsverwaltung zu treten. Zu Zusammenstößen kam es nirgends.

Berlin, 8. November. Die Unruhen haben sich außer auf die Umgebung von Kiel und die Hansestädte noch weiter über Hannover, Oldenburg und andere Städte ausgebreitet. Fast überall ist es ohne schwere Gefährdung der Ordnung und Sicherheit abgegangen. Die Berliner Arbeiterbevölkerung zeigt Besonnenheit. Der Straßenverkehr spielt sich wie gewöhnlich ab. Die Polizei geht überall mit Takt und Umsicht vor. Die Inanspruchnahme des militärischen Schutzes ist in Berlin nicht nötig.

Berlin, 8. Nov. WB. Ueber die Unruhen im Reich wird von zuständiger Stelle weiteres mitgeteilt: Die Unruhenbewegungen haben sich weiter ausgebreitet. Es sind davon unter anderem in Mecklenburg gezogen, Hannover, Köln, München, Braunschweig und Magdeburg. Hiermit ist noch nicht gesagt, daß diese Städte ganz in die Hände der Aufständischen geraten sind. Die Nachrichten sind naturgemäß nicht zuverlässig und widersprüchlich. In Hannover ist zum Beispiel ein Teil der Garnison fest in der Hand ihrer Führer und wehrt sich entschlossen gegen die Bewegung. Ähnliche Verhältnisse herrschen in Magdeburg, Köln und München vorzuliegen. Vom Industriegebiet sind die Meldungen noch nicht klar. Es scheinen aber Versuche vorzuliegen, an einzelnen Orten Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden. Es geht sich jetzt ein gewisses planmäßiges Vorgehen. Ueberall daselbe Bild! Aus den Hauptzentren Kiel und Hamburg sind im Laufe des gestrigen Tages immer wieder Flüge mit bewaffneten Matrosen und Ausrückern in das Land entsandt worden. Sie versuchen, in den wichtigsten Städten sich sofort der Verkehrszentralen zu bemächtigen und die Kommandostellen anzunehmen. Dann wird unter Heranziehung leichtbewaffneter Elemente, unter denen sich eine große Reihe Fahnenflüchtiger befindet, versucht, auch die Truppen zu verfechten, in dem ihnen vorgespiegelt wird, daß es sich gar nicht um eine revolutionäre Bewegung handele, sondern um militärische Reformen. Bei manchen Truppen ist der Versuch gelungen, bei anderen hat er energischen Widerstand gefunden. An zahlreichen Stellen ist bereits durch entsprechende Vorstellungen ein gewisses Einlenken erreicht worden. Die ganze Bewegung geht — bei aller Unklarheit in Einzelheiten — offenbar von Russland aus, wobei die bisherige Berliner Vertretung der russischen Sozialrepublik bekanntlich mitgewirkt hat. Wie die russische Sozialregierung selbst zugibt, hofft sie nur dadurch sich zu erhalten, daß auch in Deutschland und demnächst in ganz Europa die bolschewistische Idee noch einmal zum Aufkommen kommt. In dem Bewußtsein, daß das deutsche Volk in seiner Masse für die bolschewistische Idee nicht zu haben ist, wird planmäßig versucht, die Un-

zufriedenen und nach Möglichkeit Teile der bewaffneten Macht allmählich auf die schiffe Ebene zu bringen, indem man sie zunächst durch noch nicht terroristische Reformvorschlüge in Widerspruch mit ihren Pflichten und der bestehenden Volksregierung zu bringen sucht. Allmählich sollen die Leute dann weitergedrängt werden bis zu einem bolschewistischen Radikalismus, wie dies in einzelnen Fällen bereits klar erkennbar ist. Die Versicherten und Militär sind sich nicht im Mindesten bewußt, zu welchen verhängnisvollen Folgen eine bolschewistische Bewegung in Deutschland notwendig führen muß, wo die Volksernährung bisher nur mit einer selbsterlederten Organisation durchführbar war.

Die Vorgänge in München.

München, 8. Nov. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ wurden gestern abend von den Aufständischen besetzt und unter Kontrolle genommen. Sie sind die einzige Zeitung Münchens, die heute erscheinen darf. Die Proklamation an der Spitze des Blattes bringt den wie aus einem wirren Traum erwachten Lesern heute selbst die veränderte Lage zum Bewußtsein. Wir geben heute, nachdem die Sicherungen, die gestern abend im telegraphischen und telephonischen Verkehr eintraten, wieder überwunden sind, folgenden Überblick über den Gang der Ereignisse, wie sie sich gestern zugezogen haben:

Die gestern von den Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Partei und den Unabhängigen gemeinsam veranstaltete Massenkundgebung nahm zunächst einen eindrucksvollen, ungeführten Verlauf. Seit den Mittagsstunden hatten alle Betriebe still, die Läden und Gastlokale wurden geschlossen, auch erschienen keine Zeitungen mehr. In den frühen Nachmittagsstunden versammelte sich dann an den Seitenabhängen der Theresienhöhe, die am Bavarialdenkmal die riesige Fläche der Festwiese umrahmen, eine nach Zehntausenden zählende Menge. Mehrere Duzend Redner der beiden sozialdemokratischen Parteien entwickelten unter schallendem Beifall die Forderungen, die dem gemeinsamen Aktionsprogramm zugrunde liegen sollen, und an deren Spitze der Reichstakt des Kaisers stand. Alle Ansprachen schlossen mit einer Mahnung zur Ordnung und Disziplin.

Dann bewegte sich die Masse in stundenlangem Zuge, in dem auch viele Soldaten den roten Fahnen folgten, mit Musik, mit Hochrufen auf die Freiheit und dem Gesang der Arbeitermarsealle durch die Verkehrsstraßen. Vor der königlichen Residenz kam es immer wieder unter Pöbeln und Soldaten zu Kundgebungen gegen den Kaiser und König Ludwig, gegen das Haus Hohenzollern und Wittelsbach und für die Republik. Erst in der Dunkelheit löste sich der Zug in aller Ruhe auf.

Inzwischen aber war es in einzelnen Teilen der Stadt zum Aufruhr gekommen. Schon auf der Theresienwiese konnte man beobachten, wie ein Soldat, mit einer roten Fahne winkend, einem kleinen Trupp voranschritt, dem sich immer mehr Soldaten aus der Menge anschlossen. Schließlich war es eine große Schar von Kriegsteilnehmern, die die Straße durchzogen, überall ihre Kamerasden aufforderte, ihnen zu folgen. Große Tumulten ereigneten sich am Bahnhof und auf dem Bahnhofplatz, vor dem Haupttelegraphenamt. Ein Zug Soldaten wandte sich zur Kaserne in der Goldene Gasse, nahm von ihr Besitz und veranlaßte die dort untergebrachten Mannschaften, sich anzuschließen. Bis zum späten Abend aber waren das Militärgefängnis und die militärischen Depots sowie die Kasernen Münchens fast restlos in den Händen der Aufständischen.

In mehreren großen Versammlungsorten, so vor allem im Rathshaus und im Löwenbräukeller, hatten sich inzwischen Soldaten- und Arbeiterräte organisiert, die die Leitung der Bewegung in die Hand nahmen, für die Besetzung des Telegraphenamtes und des Bahnhofs und für Aufrechterhaltung der Ordnung in den Straßen Sorge trugen, in denen sich das Publikum, von einigen Absperungen abgesehen, frei bewegen konnte. Ueberall sah man Abteilungen von bewaffneten Umherziehern oder auf Lastautos vorüberfahren. Manche Soldaten, aber auch Zivilisten, trugen Maschinengewehre, bis in die späte Nacht hinein hörte man aus den verschiedensten Stadtteilen fast ununterbrochen, manchmal sogar recht heftiges Schießen, ohne daß der Zusammenhang einwandfrei festzustellen war. Gegen 9 Uhr hatte der telephonische Verkehr und der Straßenbahnbetrieb völlig aufgehört.

München, 8. Nov. WTB. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden unter der Überschrift „Unsanftige Gerichte“: Gerichten zufolge soll der König letzte Nacht gehaftet worden sein; ferner seien 3 preussische Regimenter nach München beordert worden und eines sei bereits zu den Fahnen der Arbeiter- und Soldatenräte übergegangen. Diese sensationellen Tatsachenberichte gehören jeder Grundlage und werden von Elementen verbreitet, die mit unsrer guten Sache nichts zu tun haben und die schädigen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat.

München, 8. Nov. WTB. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat in einer heute vormittag gehaltenen Sitzung im Landtagsgebäude die Absetzung der Dynastie Mittelbach beschlossen.

Aufruf der Sozialdemokratie.

Berlin, 8. Nov. WTB. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Reichstagsfraktion haben folgenden Aufruf erlassen: Arbeiter, Parteigenossen! Ein Teil der gesten von uns gestellten Forderungen ist von der Regierung und den Reichstagsparteien erfüllt worden. Das gleiche Wahlrecht für Preußen und die Bundesstaaten auf der Grundlage der Verhältniswahl soll ohne Verzögerung durch Reichsgesetz eingeführt werden. Die sofortige Parlamentarisierung der preussischen Regierung ist gesichert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung. Die Einberufungen zum Militär sind rückgängig gemacht. Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage. Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Kronprinzen wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute Mittag abgeschlossen sein wird. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Delegation infolge kühner Hindernisse heute Vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintreffen konnte. Der Abschluß des Waffenstillstandes würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung. Deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert, um erst das Ausbleiben des Kaisers und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen. Sonnabend Vormittag treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen. Arbeiter, Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden. Eure Kraft und eure Entschlossenheit vertagen diesen Aufschub.

Die neue württ. Regierung ernannt.

Stuttgart, 8. November. Wie die Württ. Presse-Korrespondenz hört, hat Seine Majestät der König dem Präsidenten des Staatsministeriums, Staatsminister der Auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Freiser v. Weizsäcker den Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens Dr. v. Fleischhauer und den Staatsminister der Justiz Rander, ihrem Ansuchen gemäß ihrer Ämter enthoben und den Oberregierungsrat Piesching, Mitglied der Zweiten Kammer, mit den Geschäften des Präsidenten des Staatsministeriums, des Staatsministers der Justiz und des Staatsministers der Auswärtigen Angelegenheiten, Politische Abteilung, den Regierungsdirektor Dr. v. Hieber, Mitglied der Zweiten Kammer, mit den Geschäften des Staatsministers des Kirchen- und Schulwesens, den Generalkonsul Dr. v. Klens, 1. Vizepräsidenten der Zweiten Kammer, mit den Geschäften des Staatsministers der Auswärtigen Angelegenheiten, Verkehrsabteilung, und den Privatdozenten Dr. Lindemann, Mitglied der Zweiten Kammer, mit den Geschäften des neu zu errichtenden Ministeriums für Demobilisation betraut. Außerdem hat Seine Majestät der König gestern den Minister des Innern, Dr. v. Köhler, u. den Staatsminister der Finanzen, Dr. v. Pistorius, in ihren bisherigen Ämtern bestätigt.

Die bisher bekannt gewordene Umbildung der Regierung hat dadurch insofern eine Veränderung erfahren, als Vizepräsident Dr. v. Klens nicht das Justizministerium sondern das Verkehrsministerium als einer selbständigen Abteilung überneht wird, wofür er als langjähriger ständischer Verkehrsreferent für das Verkehrsministerium in hervorragendem Maße geeignet ist. Dementsprechend wird das Justizministerium vom Abg. Piesching übernommen, neben der Politischen Abteilung des Auswärtigen.

Tageduenigkeiten.

Zum Einmarsch der Bayern in Tirol.

Berlin, 8. Nov. Die Nachricht, daß bayerische oder sächsische Truppen in Eger eingedrungen seien, erregt der Grundfrage. Zum Schutze der Südgrenze ist der Brenner von deutschen Truppen besetzt worden. Weitere Truppen befinden sich im Vormarsch über Salzburg und Gastein. Politische Ziele sind mit diesen Truppenbewegungen nicht verbunden.

Die deutschen Truppen in Rumänien.

Wien, 8. Nov. WTB. Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ ist am 5. 11. abends General Franchet eingetroffen, der die Waffenstillstandsverhandlungen geführt hat. Nach seinen im Ministerium gemachten Mitteilungen, verlangt die Entente, daß die in Ungarn befindlichen deutschen Truppen innerhalb 15 Tagen entlassen werden und das Land verlassen. Diese Bedingungen beziehen sich auf die deutsche Okkupationsarmee in Rumänien. Erstens hat ein Vertreter des Generalfeldmarschalls Radetzky dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Karolyi mitgeteilt, daß sich die Besatzungstruppen und die

im Süden stehenden Truppen vereinigen und durch Ungarn über Oberberg in ihre Heimat ziehen wollen.

Fliegerangriff auf Heidelberg.

Berlin, 8. Nov. WTB. Mehrere feindliche Gr.-Schwader haben in der Nacht vom 29.—30. Oktober offene Städte in Baden und der Pfalz mit Bomben belegt. In Heidelberg, das keineswegs militärischen Zwecken dient, wurde die Universität beschädigt. Der jeder Kriegsindustrie entbehrende Badeort Daxlanden in der Pfalz war gleichfalls das Ziel von Bombenwürfen. 5 Personen wurden bei den Angriffen getötet, 30 verwundet.

Abdankung des Kaisers.

Berlin, 8. Nov. WTB. Draht. Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, des Kronprinzen des deutschen Reiches und Preußens, und der Einsetzung einer Regentschaft verbundenen Fragen erledigt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzes zur sofortigen Aufhebung einer gesetzmäßigen Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Regierungsform des Reiches und deren Landesverfassung, die die Aufnahme in die Reichsgrenze wünschen sollen, endgültig festzustellen.

Berlin, 9. November 1918.
König Max von Baden.

Die Umwälzung in Württemberg.

Stuttgart, 9. Nov. WTB. Draht. Das neue Ministerium, das sich auf dem Vertrauen der gewählten Volksvertreter aufbaut, ist gebildet und hat die Regierung angetreten.

Der König hat in Uebereinstimmung mit dem neuen Ministerium eine Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung angeordnet, die in allgemeiner, gleicher, geheimer und geheimer Wahl der württembergischen Staatsangehörigen über 24 Jahren brüderlich gewählt werden soll. Das württembergische Volk soll in die Lage versetzt werden, die Entscheidung über die künftige Regierungsform selbst zu treffen. Der König erklärt, daß seine Person niemals ein Hindernis sein werde, das sich der freien Entwicklung des Staates entgegenstelle, wie er auch seine bisherige Aufgabe darin erblickt habe, das Wohl des Staates zu fördern. Es ergiebt die dringende Mahnung und Bitte an das Volk, in der schwersten Not des Vaterlandes, die Besonnenheit und Ruhe zu bewahren und die Arbeit fortzuführen. So kann nur unser Volk vor Elend und Hungersnot bewahrt bleiben.

gez. Wilhelm.
gez. Piesching.

Stuttgart, den 9. November. Heute abend hat sich im Landtagsgebäude eine neue provisorische Regierung gebildet. Sie erläßt folgenden Aufruf!

An das württembergische Volk!
Eine gewaltige, aber glücklicherweise unblutige Revolution hat sich heute vollzogen. Die Republik ist rekrutiert.

Eine neue Epoche der Demokratie und der Freiheit bricht an, die allen Gewalten terren ab und das Volk, das die Revolution bewirkt hat, übernimmt die Macht.

Seine nächste Vertretung bildet der aus den freien Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Partei, der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und dem Arbeiter- und Soldatenrat bestehende Arbeiterausschuß, dem sich General v. Ebbinghaus mit seinem Offizierskorps zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt hat. Die genannten Körperlichkeiten werden geordnete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte heranziehen. Die Regierung ist provisorisch und betrachtet es als ihre erste Aufgabe, eine konstituierende Landesversammlung auf Grund der in unserem Programm bekamptgegebenen Wahlrechtsforderungen vorzubereiten.

Die Regierung wird eine umfassende Amnestie erlassen. Sie fordert die Bevölkerung auf, die Sicherheitsorgane bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen, sowie die Arbeit wieder aufzunehmen.

Unberufenen Elementen, die sich öffentliche Ämter anmaßen, ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Berechtigt zu Amtshandlungen sind nur die mit amtlichem Ausweis versehenen Vollzugsorgane.

Für den Schutz von Leben und Eigentum ist Vorsehung getroffen. Die Soldaten gehorchen dem von ihnen gewählten Soldatenrat.

Von den öffentlichen Beamten, insbesondere dem Personal der Verkehrsanstalten, erwarten wir, daß sie weiter ihre Schuldigkeit tun.

Freies Versammlungsrecht ist für alle Volk- und Militärpersonen gewährleistet.

Es werden umfassende soziale Reformen vorbereitet. Die Bevölkerung der übrigen Gemeinden des Landes fordern wir auf, sich dem von der Stuttgarter Bevölkerung gegebenen Beispiel anzuschließen und in den wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen zur Landeshauptstadt keine Stockungen eintreten zu lassen. Wir werden es als unsere besondere Pflicht ansehen, aus der Interessen des gesamten Volkes des Landes und sämtlicher Gewerkschaften aus nachdrücklichste anzunehmen.

Wir entbieten herzlichsten Gruß den Arbeitern und Soldaten aller Länder und fordern sie auf, mit dem revolutionären deutschen Volk solidarisch zu handeln und damit einen baldigen, dauernden Frieden der Gerechtigkeit herbeizuführen.

Stuttgart, 9. November 1918.

Die provisorische Regierung:

Vorsitz: Blos, Cispian.
Auswärtiges: Blos.
Inneres: Cispian.
Arbeitsministerium: Lindemann.
Finanzen: Faltheimer.
Kult: Hegmann.
Justiz: Rottfuß.
Krieg: Schürmer.

Dazu kommt folgende

Erklärung:

Ich habe mich bereit erklärt, im Einvernehmen mit dem Soldatenrat mitzuwirken, daß die militärische Ordnung in Stuttgart aufrecht erhalten bleibt.

Den 9. November 1918.

General von Ebbinghaus.

Die Beförderung der Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 9. November WTB. Der mit der Überbringung der Waffenstillstandsbedingungen beauftragte Kurier konnte heute nacht durch Eisleben, daß er die Linien nicht passieren könne, da die Deutschen das Feuer noch nicht eingestellt hätten. In dieser Annahme wurde er anschließend durch den Umstand veranlaßt, daß auf deutscher Seite ein Munitionsdepot in Brand geraten war und mit fortgeführten Detonationen in die Luft flog. Der Kurier wurde durch Funkleitung hierüber aufklärt und erhielt die Anweisung, die Linien sofort zu überschreiten.

Das Eintreffen der Waffenstillstandsbedingungen kann schließlich erwartet werden.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 10. November. WTB. Draht. Folgender Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen wird veröffentlicht:

1. Der Waffenstillstand tritt 6 Stunden nach Unterzeichnung in Kraft.
2. Sofortige Räumung Belgiens, Frankreichs, Elsas, Lotharingens binnen 14 Tagen. Was an Truppen nach dieser Zeit dort ist, wird interniert oder kriegsgefangen.
3. Abgegeben sind 5000 Geschütze, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheins; Mainz, Koblenz und Köln werden auf einem Radius von 30 Km. vom Feinde besetzt.
5. Auf dem rechten Rheinstrom wird eine 30—40 Km. tiefe neutrale Zone gebildet. Räumung in 11 Tagen.
6. Auf dem linken Rheinstrom darf nichts hinweggeführt werden, alle Fabriken und Eisenbahnwagen usw. müssen intakt bleiben.
7. 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons, 10 000 Kraftwagen müssen abgegeben werden.
8. Unterhaltung der feindlichen Besatzung durch Deutschland.
9. Im Osten werden alle deutschen Truppen hinter die Grenzen vor dem 1. August 1914 zurückgezogen. Termin ist nicht angegeben.
10. Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest werden außer Kraft gesetzt.
11. Bedingungenlose Kapitulation der ostafrikanischen Truppen.
12. Rückgabe des Bestandes der belgischen Bank und des russischen und rumänischen Goldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenleistung.
14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 Kreuzern, 6 Großkampfschiffen. Die übrigen Schiffe werden interniert und überwacht.
15. Sicherung der freien Durchfahrt durch das Kattegat.
16. Die Blockade bleibt weiter bestehen. Deutsche Schiffe können gekapert werden.
17. Alle von den Deutschen verhängten Seebeschränkungen werden aufgehoben.
18. Der Waffenstillstand dauert 30 Tage.

Vermischtes.

Ist das wahr? In Nr. 300 vom 27. Oktober bringt der „Corriere della Sera“ folgende Notiz:

Wo hatten nur die Einwohner von Lille die zahlreichen französischen, italienischen, englischen, amerikanischen, belgischen und sogar russischen Fahnen herbeikommen, mit denen sie die englischen Truppen bei ihrem Einzug in die wiederoberlebte Stadt begrüßten? Es scheint unmöglich, aber die Fahnen waren gekommen aus — Deutschland! Einige Industrielle aus Benu am Rhein — berichtet der Sonderberichterstatter des „Temps“ — vorausehend, was kommen würde, begaben sich vor drei Wochen mit Wagen voll Fahnen des Verbundes nach Lille und verkauften sie dort mit der größten Unverfrorenheit mit gutem Gewinn an die Einwohner. In den Augen dieser Händler ist der Handel wie die Kunst: er hat kein Vaterland.

Dazu bemerkt der „Bayerische Kurier“: Nachforschungen unter Soldaten zufolge scheint die Nachricht nicht gegenstandslos zu sein. Wie fragen: Wer

Ist für diesen Skandal verantwortlich? Ist in Bonn kein Staatsanwalt, der der Sache auf die Spur kommen kann? Ist aber die Nachricht von der feindlichen Presse erfunden, kann soll die Sache bei der Presse der neutralen Länder wider gekennzeichnet werden. Aber bitte nicht nach einem Jahr!

Aus Stadt und Bezirk.

Magdeburg, 11. November 1918.

Neue Ferienordnung. Vor einiger Zeit ist die Anordnung getroffen worden, daß die Frühjahrsferien der höheren Schulen sich künftig an die Ferienordnung der Volksschulen anschließen und ohne Rücksicht auf die Lage des Ostertages ebenfalls auf die zweite Hälfte des Monats April verlegt werden. Hiernach wird künftig bei sämtlichen höheren Schulen mit Frühjahrseröffnung das neue Schuljahr, bei den übrigen das Sommerhalbjahr mit dem 1. Mai beginnen.

Lotterieziehung. Die Ziehung der 3. Wochensatz-Geblotterie für wirtschaftliche Frauenschulen wurde am 14. November verlegt.

Berneck. In diesem Monat feiert Herr Hauptlehrer Schwarzmaier von hier sein 25jähriges Dienstjubiläum. Er hat es als tüchtiger Lehrer und Gelehrter verstanden, sich die Dankbarkeit und Ergebenheit seiner Schüler zu sichern. Daneben läßt er auch andere nebensächliche Ehrenlichkeiten aus. Seit längerer Zeit führt er auch die Geschäfte des Freiherren von Müllingenheim-Reinholden. Wie würdevoll dem Hochvertrauten die seinen weiteren Lebenspfad herzlich Glück.

h Ebhausen. Gerade jetzt, da Hoffnungen die Wäcker erfüllt, daß wir dem Weltkrieg entgegen schreiten, werden Trauerbotschaften aus dem Feind mit doppelter Schwere empfunden. Doppelt schwer für mich, wenn das Kriegsopfer, wie es bei Johannes Beiler, einem Sohn des Wäckerers und Landwirts Wilhelm Beiler der Fall ist, noch nahezu 7/8 jähriger militärischer Dienstzeit, nicht auf blutiger Wälder, nein, von einer heimtückischen Krankheit schon noch vor Beginn der Kriegsdienste gestorben. Auf allen unseren Kriegskämpfern mit Auszeichnung seinen Mohn gestiftet, mußte der neidische, 27 Jahre alte Krieger, der Schüler von Beiler war, in des Feldlazarets 259 am 30. Oktober aufgenommen werden, wo er schon am 2. Nov. an Lungenerkrankung starb. Die kriegsverwundete Familie, die noch 2 weitere Söhne im Dienste des Vaterlandes stehen hat, darf unserer herzlichsten Anteilnahme gewiß sein.

a. Ebhausen. Samstag abend nach 10 Uhr fuhr ein Fuhrmann aus Schöndörfer von Berneck aus nach Ebhausen ohne Licht und hatte anscheinend geschlafen. In der Nähe von der Zementbrücke geriet das Fuhrwerk in den kommenden Zug. Das Pferd wurde zu Boden gerissen und schwer verletzt, so daß es sofort getötet werden mußte. Der Fuhrmann war zwischen der Leiter und Rad klammert und mußte vom Personal aus seiner schrecklichen Lage befreit werden.

Kohrdorf. Vergangene Woche lang man zwei Krieger zu ihrer letzten Ruhe. Am Mittwoch erlosch die Seele des dem Befreiten Christian Wals die letzte Ehre und der Kriegsveteran die militärischen Ehrenbezeugungen, die nach 4 1/2 jähriger neuer Pflichterfüllung gemäß verdient waren. Donnerstag nachmittag trugen wiederum Soldaten einen Kameraden an den stillen Ort der Toten. Weidmann Georg Bräunling moos, dem man die letzte Ehre gab. 29 Jahre ist er in Diensten der Firma Koch & Reichert gestanden, die ihn durch die Beurlaubung ehrenvollen Nachruf und Kranzspende widmete. Die Mitarbeiter liegen ebenfalls einen Kranz am Grabe niederlegen. — Wie amtlich mitgeteilt wird, ist Gottlob Reichert am 11. Oktober durch Granatschuß gefallen.

Aus dem übrigen Württemberg.

r Pfalzgrafenweiler Oß. Freudenstadt. In Oberwaldbach ist das Bauernhaus des Georg Rißler bis auf den Grund niedergebrannt. Die Entstehungsurache ist noch nicht aufgeklärt.

r Oberndorf. Ein Schuppen bei den Dyckerhoff u. Widmannschen Baracken ist abgebrannt. Die Entstehungsurache ist noch nicht bekannt.

p Stuttgart. Der städt. kommandierende General des 13. (mittl. Armekorps) hat die Beschlagsnahme und das Verbot des weiteren Erscheinens der von dem angeklagten Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrat herausgegebenen Zeitschrift „Die rote Fahne“ bestätigt.

r Schorndorf. Nachdem in der letzten Woche in einem Privathaus der Burgstraße Nachts ungefähr zwischen 1 und 2 Uhr eingebrochen und Kleider und Wäsche im Werte von etwa 700 M gestohlen worden sind, ist gestern am hellen Tage nachmittags zwischen 12 und 1 Uhr in einer Privatwohnung am Marktplatz eingebrochen und Geld im Betrage von etwa 800 M gestohlen worden. Das Geld lag, wie man hört, offen auf einer Kommode im Schlafzimmer. Der Täter verschmähte die noch weiter herumliegenden zahlreicheren 50 Pfennig-Notgeldscheine und eine mit 100 M Silber- und Nickelgeld gefüllte Schachtel.

r Friedrichshafen. Ueber die Beweisanlagen in der hiesigen Arbeiterkassette wird dem „Seebote“ geschrieben: Am Vormittag des 8. November sind mehrere Arbeiter und Angehörige des Arbeiter- und Soldatenrats durch Beamte des Landespolizeiamts Stuttgart festgenommen und dem Amtsgericht Tettnang zur Vernehmung wegen Verdachts des Hochverrats zugeführt worden. Sämtliche Festgenommenen wurden jedoch nach freigeschriebenem Verhö: im Laufe des vorgestrigen Abends vom Amtsgericht wieder

auf freien Fuß gesetzt. Im Ueb:igen wird das eingeleitete gerichtliche Verfahren seinen Fortgang nehmen und es muß abgewartet werden, zu welchem Ergebnis das Gericht kommen wird. — In Kempten hiesigen Fabrikten haben die Arbeiter mit dem gestrigen Tag die Arbeit wieder vollständig aufgenommen. Die Erregung, die sich der Arbeiterschaft auf die Nachricht von der Festnahme einiger ihrer Mitglieder bemächtigt hatte, ist mit der Entlassung der Festgenommenen wieder in ruhigere Bahnen gekommen. Auch in der gestrigen Betriebsversammlung der Arbeiter des Maybach-Motorenbaus, an der auch die Betriebsleitung des Maybach-Motorenbaus und des Luftschiffbau Zeppelin teilgenommen hatten, kam zum Ausdruck, daß nicht hauptsächlich bei den Demonstrationen die Bestrebungen der Arbeiterschaft unter Anwendung von Gewalt durchzuführen. Nach den Befehlen, die von den Vertretern der Arbeiterschaft den Behörden gemacht wurden, haben diese die Verantwortung dafür übernommen, daß auch bei ferneren Demonstrationen wie bisher alles geschehen werde, um Ausschreitungen irgendwelcher Art fernzuhalten.

Beste Nachrichten.

Sämtliche GKG.

Kauf des neuen Reichskanzlers.

Berlin, 9. Nov. WTB. Der Reichskanzler Ebert veröffentlicht nachfolgenden Aufruf:

Aufruf!

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgaben kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihre hülfsreiche Hand leihen.

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Es vertragen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern.

Hilft also mit mir dem Vaterlande durch jurchlozes und unvorstellbares Weiterarbeiten, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Abfindung gekommen ist.

Berlin, 9. 11. 1918.

Der Reichskanzler. (gez.): Ebert.

Alle Soldaten zurück zu ihren Regimentern!

Stuttgart, 11. November. Drahtb. Sämtliche Soldaten haben sich zu ihren Truppenteilen zurückzugeben. Nichtbefolgen wird streng bestraft! Der Soldatenrat.

Annahme der Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 10. Nov. Amtl. WTB. Drahtb. Heute vormittag fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt. Nach Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen wurde beschlossen, diese anzunehmen. Entsprechende Befehle sind an unsere Fronteinheiten abgegangen.

Berlin, 10. Nov. Drahtb. Die deutsche Regierung hat sich in einer Note an Amerika gerandt und dieses gebeten, eine Milderung der Bedingungen herbeizuführen.

Döberitz und Potsdam in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrats.

Berlin, 10. Nov. WTB. Drahtb. Abgeordneter Haack teilt mit, daß Potsdam und Döberitz in den Händen des Soldatenrats sich befinden.

Kein Friede mit einem bolschewistischen Deutschland?

Berlin, 11. Nov. WTB. Drahtb. Der deutsche Gesandte in Haag teilt aus Rotterdam mit, daß die Bolschewisten gefonnen sei, mit einem bolschewistischen Deutschland keinen Frieden zu schließen, da eine solche unglückliche Staatsgemalt keine Gewähr für die Erfüllung der Friedensbedingungen biete. Es wird sich daher herausfühlen, in Deutschland einzumarschieren und die Ruhe wiederherzustellen.

Der Kaiser in Holland.

Berlin, 10. November. WTB. Drahtb. Der Kaiser ist mit zehn Herren Gefolge in Arnhem in Holland eingetroffen und wird in der Villa des Baron Bentinck Wohnung nehmen.

Die Kriegslage am Abend des 10. Nov.

Berlin, 10. Nov. WTB. Drahtb. Künftig wird abgeklärt: Von der Westfront nichts Neues.

Nur die Schriftleitung braunverlegt Post 666, Magdeburg, Verlag der G. M. Jährlichen Buchdruckerei (Karl Seltzer-Magdeburg).

Anteiliges.

Der Verkehr mit Saatgut von Hülsenfrüchten unterliegt ebenso wie der Verkehr mit Saatgut von Getreide einer besonderen Regelung, weil sonst erfahrungsgemäß große Mengen wertvollen Saatguts im Schleicherwege zu Spätsämerei abgesetzt würden. Die Vorschriften sind jedoch so gehalten, daß sich die Landwirte ohne große Unbilligkeiten und Schwierigkeiten mit dem nötigen Saatgut versehen können. Im einzelnen ist hauptsächlich folgendes zu beachten.

Es sind 3 Arten von Saatgut für Hülsenfrüchte zu unterscheiden: 1) Gemüße-Saatgut, 2) Original-Saatgut und anerkannte Abfaaten zur Gewinnung trockener Hülsenfrüchte, 3) gewöhnliches Saatgut, sog. Handels-Saatgut zur Gewinnung trockener Hülsenfrüchte.

1) **Gemüße-Saatgut** (zum gartenmäßigen Anbau von Hülsenfrüchten für die Gewinnung von grünem Gemüse) wird den Verbrauchern von den zugelassenen Samenhandlungen geliefert. Für Mengen von mehr als 125 g muß der Käufer dem Händler eine Saatkarte übergeben. Die Saatkarte wird vom Oberamt (Geschäftsstelle des Kommunalverbands) ausgestellt. Die Ausstellung ist mündlich oder schriftlich beim (Stadt-)Schultheißenamt zu beantragen; Antragsvorbrücke sind auf dem Rathaus zu haben.

Die Samenhändler brauchen zum Bezug ihres Saatguts von den Erzeugern die Genehmigung der Wirt. Geschäftsstelle für Getreide und Hülsenfrüchte in Stuttgart, ebenso die Erzeuger zur Lieferung von Gemüße-Saatgut an Händler. Die Genehmigung ist vom Händler oder vom Erzeuger mit genauer Angabe der Mengen und Sorten des Saatguts und des Namens und Wohnorts des Erzeugers bezw. Händlers durch Vermittlung des Kommunalverbands zu beantragen.

Als Gemüße-Saatgut gelten nur solche Sorten von Hülsenfrüchten, die regelmäßig zur Erzeugung von grünem Gemüse gebaut werden und ausdrücklich vom Kriegsverordnungsamt als solche bekannt gegeben sind. Ein Verzeichnis dieser Sorten wird besonders veröffentlicht werden. Alle in der Regel nur selbstmäßig angebauten Hülsenfrüchte können nicht als Gemüße-Saatgut behandelt werden. Für das Gemüße-Saatgut sind Höchstpreise festgesetzt, die nicht überschritten werden dürfen, und die gleichfalls besonders werden veröffentlicht werden.

Vor dem 1. Januar 1919 ist ein Handel mit Gemüße-Saatgut nicht gestattet.

2) Original-Saatgut und anerkannte Abfaaten zur Gewinnung trockener Hülsenfrüchte.

Die von der R. Saat-Zuchtanstalt in Hohenheim anerkannten Saatgut-Wirtschaften dürfen ihr Original-Saatgut und ihre anerkannten Abfaaten nur an die Wirt. Geschäftsstelle abgeben. Wollen sie Saatgut unmittelbar an einen Landwirt (Verbraucher) abgeben, so brauchen sie dafür die Genehmigung der Geschäftsstelle. Die Genehmigung ist bei dieser unmittelbar mit genauer Angabe der Menge und Sorte des Saatguts und des Namens und Wohnorts des Käufers zu beantragen. Ueber alle Verkäufe und Lieferungen haben die Saatgut-Wirtschaften nach dem vorgeschriebenen Vordruck Buch zu führen. Die Saatkarten-Vorschriften sind genau einzuhalten.

3) Handels-Saatgut zur Gewinnung trockener Hülsenfrüchte.

Der gesamte Verkehr mit gewöhnlichem Saatgut (Handels-Saatgut) von Hülsenfrüchten wird, ebenso wie der Verkehr mit dem Getreide-Saatgut grundsätzlich durch die Wirt. Geschäftsstelle in Stuttgart vermittelt. Erzeuger, die Handels-Saatgut von Hülsenfrüchten verkaufen wollen, haben es unter Einbindung eines Musters von etwa 1/2 Kilo der Saatstelle anzubieten. Verbraucher solchen Saatguts dürfen es nur von der Saatstelle beziehen. Die Bestimmungen bei der Saatstelle gehen am besten gemeinsam (alle sämtliche Verbraucher einer Gemeinde durch Vermittlung der örtlichen Volkswirtschaft oder des landwirtschaftlichen Bezirksvereins usw., in der gleichen Weise wie es bei den Bestellungen des Getreide-Saatguts gehalten wird.

Nur wenn innerhalb des Oberamts-Bereichs unmittelbar vom Landwirt zu Landwirt (d. h. vom Erzeuger zum Verbraucher) Saatgut abgesetzt werden will, ist die Vermittlung der Saatstelle nicht erforderlich, sondern genügt die Genehmigung des Kommunalverbands. Die Genehmigung ist vom Verkäufer oder vom Käufer unter Angabe der Menge und Sorte des Saatguts und des Namens und Wohnorts des Käufers bezw. Verkäufers bei der Geschäftsstelle des Kommunalverbands zu beantragen. Dabei ist die Saatkarte des Käufers womöglich gleich mit vorzulegen. Will Saatgut unmittelbar vom Landwirt zu Landwirt (vom Erzeuger zum Verbraucher) in einem anderen Oberamtsbezirk abgesetzt werden, so ist dafür die Genehmigung der Saatstelle erforderlich. Sie ist bei der Geschäftsstelle des Kommunalverbands unter genauer Angabe der Menge und Sorte des Saatguts und des Namens und Wohnorts des Käufers sowie unter Befestigung eines für die Lieferung vorgeschriebenen Musters von 1/2 Kilo Gewicht zu beantragen. Die Saatkarte des Käufers ist womöglich gleich beizulegen.

4) Die Saatkarten für Hülsenfrüchte werden wie die für Getreide, dem Erwerber des Saatguts vom Oberamt (Geschäftsstelle des Kommunalverbands) auf Antrag ausgestellt. Der Antrag ist beim (Stadt-)Schultheißenamt anzubringen, von diesem zu prüfen und an das Oberamt einzuliefern.

Jeder der Saatgut absetzt, muß sich in seinem eigenen Interesse (als Nachweis über die Verwendung seiner Bestände) vom Erwerber des Saatguts die vorgeschriebene ausgefüllte Saatkarte übergeben lassen und muß diese nach der Lieferung der Ware mit der Aufgabebestätigung der Verkaufsstelle oder der Empfangsbefestigung des Erwerbers in allen 3 Abschnitten (A, B und C) an die Geschäftsstelle des Kommunalverbands einschicken.

Die Herren Ortsvorsteher werden beauftragt, in ihren Gemeinden öffentlich auf diese Vorschriften hinzuweisen und ihre Einhaltung zu überwachen.

Magdeburg, den 8. Nov. 1918.

R. Oberamt.
Oberamtmann W. A. S., gez. Sio.

